

03.12.2010 / Inland / Seite 5

Bei Frost auf der Straße

Nach Wintereinbruch Kältetote befürchtet. Dachverband der Wohnungslosenhilfe fordert mehr Unterbringungsangebote

Christian Linde

Sozialverbände schlagen Alarm: Der frühzeitige Kälteeinbruch hat dazu geführt, daß die Übernachtungseinrichtungen für Obdachlose in den meisten Städten bereits jetzt überfüllt sind. »Aktiv werden, bevor der erste Wohnungslose auf der Straße erfriert«, heißt es deshalb in einem von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) verbreiteten Appell. Nach Kenntnis der BAGW, des Dachverbandes der Wohnungslosenhilfe in Deutschland, sind im vergangenen Winter mindestens siebzehn Obdachlose erfroren- die größte Zahl seit dem Winter 1996/1997 mit mindestens 25 Toten. Erfroren im Freien, unter Brücken, auf Parkbänken, in Hauseingängen, Abrißhäusern, in Gartenlauben und sonstigen Unterständen. Waren Kälteopfer in der Vergangenheit insbesondere in kleinen und mittleren Städten zu beklagen, ist die Zahl in den letzten Jahren auch in Großstädten wie Mannheim, Wuppertal, Hamburg und Berlin angestiegen. Die Zunahme der Gesamtzahl der Wohnungslosen und Mängel im Hilfesystem sind nach Einschätzung der Experten dafür verantwortlich. Da es keine Statistik zur Wohnungslosigkeit gibt, existieren lediglich Schätzungen. Der Verband geht davon aus, daß seit 2008 von einem Anstieg um jährlich bis zu sieben Prozent auf aktuell etwa 255000 Menschen ausgegangen werden müsse. Weitere 120000 Menschen sind den Angaben zufolge aufgrund von Mietschulden und Räumungsklagen akut vom Verlust ihrer Wohnung bedroht.

Die Zahl der Personen, die ohne jede Unterkunft auf der Straße leben, beziffert die Wohnungslosenhilfe bundesweit mit 20000. »In diesem Winter werden also mehr Wohnungslose auf den Straßen sein als zuvor. Deswegen müssen die Kommunen verstärkt prüfen, ob die getroffenen Vorkehrungen ausreichend sind«, erklärte Thomas Specht, Geschäftsführer der BAGW. Die Organisation fordert insbesondere kleine und mittelgroße Städte auf, für den Winter ausreichende und vor allem bedarfsorientierte Hilfsangebote zu machen. So sei es den Kommunen seit Jahren bekannt, daß Betroffene sich weigern, Quartiere mit großen Mehrbettzimmern aufzusuchen, weil sie Angst vor Diebstahl, Gewalt und Schmutz haben. Viele Wohnungslose blieben in der Kälte, wenn sie ihren Hund nicht mit unterbringen könnten. Zudem gebe es zu wenige Unterbringungsmöglichkeiten für Paare. »Wenn Nachtasyle und Notunterbringungen auch bei Minustemperaturen leerstehen, ist dies kein Zeichen mangelnden Bedarfs, sondern ein Armutszeugnis«, kritisierte Specht. In den Kommunen, aber auch in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe selbst, die im niedrigschwelligen Bereich zumeist in der Verantwortung der Kirchen stehen, müsse der Wunsch der Betroffenen nach einem Mindestmaß an Privatheit und Individualität ernst genommen werden. Vor allem Massenunterkünfte, wie etwa die von der Stadtmission in Berlin betriebene Notübernachtung in der Lehrter Straße, stehen seit Jahren in der Kritik. Dennoch hält der Berliner Senat weiter an deren Finanzierung fest. Der Verband verlangt von den Kommunen neben dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten für kleinere Gruppen, großzügigere Öffnungszeiten der Unterkünfte und die Abkehr vom Prinzip des befristeten Aufenthaltes auf nur wenige Tage pro Monat. Zusätzlich seien mehr niedrigschwellige Tagesaufenthalte vorzuhalten sowie ein Ausbau der Straßensozialarbeit erforderlich. Darüber hinaus müßten neben der Öffnung von Bahnhöfen auch andere »geeignete öffentliche Gebäude« für Hilfesuchende zur Verfügung gestellt werden. Das Angebot sei in vielen Kommunen immer noch unzureichend. Oft werde überhaupt kein Hilfeangebot vorgehalten.